



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:
Jens Christian Kage
Pressesprecher

Jens.C.Kage@bfw-bund.de
www.bfw-bund.de
www.bfw-newsroom.de

Twitter: @BFWBund

BFW-PRESSEMITTEILUNG

Erneut Förderstopp: Enormer Vertrauensverlust und Stillstand für ganze Branche

Berlin, 14.12.2023. Der BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen zeigt sich bestürzt angesichts des Antragsstopps für Förderungen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den ausgeschöpften Fördertöpfen. „Schlimmer geht immer, scheint das Motto der Koalition zu lauten. Erneut wird über Nacht die Förderung eingestellt. Die Baubranche warnt unermüdlich vor dem Absturz mit allen daraus folgenden gesellschaftlichen Konsequenzen, fordert seit mehr als einem Jahr Unterstützung in der Krise ein. Von Zuverlässigkeit und Planungssicherheit keine Spur. Der Vertrauensverlust in die Politik könnte größer nicht sein“, betont BFW-Präsident Dirk Salewski in Berlin.

„In den vergangenen Monaten mussten wir miterleben, wie Förderzusagen über Nacht verschwinden und Fördertöpfe unzureichend gefüllt sind. Wir erleben gleichzeitig eine Krise beim Wohnungsbau, die sich bereits seit über einem Jahr abzeichnet hat. Hier kann nur von mangelnder Professionalität gesprochen werden. Die Effekte des Antragstopps treffen viele Unternehmen in einer ohnehin schon wirtschaftlich herausfordernden Lage. Die sozialen Effekte werden für alle spürbarer: Wohnungsmangel wächst weiter, Unternehmen bauen keine Wohnungen mehr und die Folge wird Arbeitslosigkeit in der Baubranche sein. Unverständlicherweise reagiert die Bundesregierung nicht mit der gebotenen Konsequenz, sondern wirft einer ganzen Branche von hinten einen Knüppel zwischen die Beine“, so der BFW-Präsident.

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.